

Die alte Weltordnung ist vorbei – die neue gibt es noch nicht

Von der UN-Generalversammlung zur nuklearen Drohung um Kaliningrad: Europas Sicherheitsordnung am Scheideweg

Von Wolfgang Effenberger

30.09.2026

Der letzte Tag, der 28. September 2026, verändert das Grundbild nicht, sondern bestätigt und verschärft es an einem entscheidenden Punkt: Die Generaldebatte zeigt weniger eine neue geschlossene Weltordnung als den offenen Kampf um die Regeln einer multipolaren Welt. Die Generaldebatte der 81. UN-Generalversammlung fand offiziell vom **22. bis 28. September 2026** statt.¹

Der letzte Sitzungstag brachte zwar nicht mehr die großen programmatischen Reden der ersten Tage, aber er war für die Analyse durchaus aufschlussreich. Besonders deutlich wurde noch einmal ein Motiv, das sich bereits durch die gesamte Debatte gezogen hatte: Die Staaten sind sich zunehmend darüber einig, dass die bisherige internationale Ordnung in einer Krise steckt – aber sie sind sich nicht darüber einig, wodurch sie ersetzt oder wie sie reformiert werden soll. Der vielleicht wichtigste Befund: Multipolarität ist inzwischen keine Außenseiterposition mehr.

António Guterres hatte bereits zu Beginn der Generaldebatte die Entwicklung zu einer **multipolaren Welt** ausdrücklich als Realität beschrieben. Er unterschied dabei zwischen einer konflikthaften, fragmentierten Multipolarität und einer von gemeinsamen Regeln getragenen „networked multipolarity“.

Die Reden bis einschließlich 28. September zeigen, dass dieser Begriff nicht mehr ausschließlich von Russland oder China verwendet wird. Vielmehr tauchen unterschiedliche Varianten desselben Grundproblems auf:

- Wer besitzt künftig politische Macht?
- Wer setzt internationale Regeln?
- Wer darf über deren Durchsetzung entscheiden?
- Wie repräsentativ ist der Sicherheitsrat noch?
- Welche Rolle besitzen USA, China, Russland, Indien und der Globale Süden?
- Wie viel nationale Souveränität kann mit globaler Kooperation verbunden werden?

Damit verschiebt sich die zentrale Frage der Weltpolitik.

Nicht mehr nur: **Wer gehört zur bestehenden Ordnung?**,

sondern zunehmend: **Wie wird eine internationale Ordnung organisiert, in der mehrere Machtzentren existieren?**

Der 28. September bestätigt die Kritik an der bisherigen Ordnung

Die Berichterstattung über den letzten Tag zeigt erneut, dass viele Staaten die bestehende internationale Ordnung als unzureichend empfinden. Insbesondere kleinere und mittlere Staaten kritisierten die Machtkonzentration im Sicherheitsrat und verlangten eine stärkere Repräsentation Afrikas und anderer bisher unterrepräsentierter

Regionen. AP fasst die Stimmung der Generaldebatte dahingehend zusammen, dass zahlreiche Staaten zwar an multilateraler Zusammenarbeit festhalten wollen, gleichzeitig aber die ungleiche Machtverteilung innerhalb der UN kritisieren.

Die Kritik an der bestehenden Ordnung kommt nicht nur von den großen Gegenmächten USA, China oder Russland. Sie kommt auch von Staaten, die gerade nicht in einen neuen Block eintreten wollen. Damit gewinnt die Kategorie des **Globalen Südens** eine eigenständige Bedeutung.

Nordkorea am 28. September: ein besonders aufschlussreiches Beispiel

Die nordkoreanische Rede am letzten Tag ist dafür ein gutes Beispiel. Der stellvertretende Außenminister Kim Son Gyong sprach von einer Welt, die von „unprecedented mutual distrust and confrontation“ [„beispielloses gegenseitiges Misstrauen und Konfrontation“] geprägt sei. Gleichzeitig betonte er Multilateralismus, nationale Eigenständigkeit und die Notwendigkeit eigener Abschreckungsfähigkeit.

Bemerkenswert ist dabei weniger die nordkoreanische Position als solche als deren Struktur: **Souveränität + Selbstbehauptung + Abschreckung + Multilateralismus**. Das passt nicht vollständig in das einfache Schema Westen gegen Nichtwesten. Es zeigt vielmehr, dass Staaten Multilateralismus durchaus befürworten können, während sie gleichzeitig die Dominanz einzelner Großmächte ablehnen.

Damit müssen die bisherigen Modelle etwas präzisiert werden. Die bisherige Viererstruktur bleibt brauchbar, sollte aber nach dem 28. September etwas differenzierter formuliert werden:

Modelle	Leitidee
UN/Guterres	Macht durch internationales Recht und Institutionen begrenzen
USA/Trump	Frieden und Interessen durch nationale Stärke, Abschreckung und Verhandlungsmacht sichern
Russland/China	Dominanz einer einzelnen Macht durch Souveränität und multipolare Machtverteilung begrenzen
Brasilien/Indien/ Globaler Süden	Blockbildung vermeiden und strategische Autonomie mit Multilateralismus verbinden

Dabei handelt es sich **nicht um vier geschlossene Blöcke**. Die Positionen überschneiden sich teilweise. Gerade das ist wichtig.

Trump und Guterres stehen für zwei unterschiedliche Antworten auf dasselbe Problem

Guterres: internationale Regeln → Begrenzung der Macht → multilaterale Ordnung

Trump: nationale Stärke → Abschreckung → Verhandlungsmacht → Ergebnis

Reuters beschreibt Trumps UN-Rede vom 22. September entsprechend als stark auf nationale Interessen, Souveränität, militärische Stärke und eine kritischere Haltung gegenüber internationalen Institutionen ausgerichtet.

Das bedeutet nicht, dass Trump „gegen internationale Ordnung“ steht. Vielmehr stellt er eine andere Frage: **Wie kann ein Staat seine Interessen schützen, wenn internationale Institutionen diese Aufgabe nicht zuverlässig erfüllen?**

Das ist eine andere Ordnungsvorstellung als diejenige von Guterres. Besonders interessant ist deshalb die Entwicklung zwischen dem 22. und 28. September.

Zu Beginn stand stärker die Frage: **Wie kann die bestehende internationale Ordnung erhalten werden?** Am Anfang stand die Frage: **Welche internationale Ordnung kann unter veränderten Machtverhältnissen überhaupt noch funktionieren?** Die Generalversammlung hat damit nicht die neue Weltordnung beschlossen. Sie hat vielmehr deren **Entstehungsproblem sichtbar gemacht.**

Ukraine: kein Konsens über die Ursachen, aber ein Konsens über die Notwendigkeit einer Lösung

Die Ukraine bleibt der zentrale europäische Konflikt. Dabei stehen weiterhin unterschiedliche Ausgangspunkte gegenüber:

Westliche Position:

- ukrainische Souveränität
- territoriale Integrität
- Verletzung der UN-Charta durch die russische Invasion
- Unterstützung der Ukraine
- keine Anerkennung einer russischen Einflussphäre

Russische Position:

- längerfristiger Sicherheitskonflikt
- NATO-Erweiterung
- militärische Infrastruktur
- russische Sicherheitsinteressen
- Kritik an westlichen Doppelstandards

Position großer Teile des Globalen Südens:

- Krieg beenden
- Verhandlungen
- Souveränität achten
- keine Blockkonfrontation
- stärkere Rolle nichtwestlicher Staaten

Damit bleibt die bereits festgestellte Spannung bestehen: **Souveränität und territoriale Integrität einerseits – Beendigung des Krieges durch Verhandlungen andererseits.** Die beiden Prinzipien müssen nicht logisch identisch sein.

Nahost und Iran verschärfen den Widerspruch zwischen Recht und Macht

Hier hat sich die Lage bis zum 28. September sogar weiter zugespitzt. Parallel zur Generalversammlung liefen Vermittlungsbemühungen zwischen den USA und Iran. Reuters berichtete am 28. September über getrennte Gespräche unter Vermittlung, während Iran auf eine diplomatische Lösung drängte.

Damit zeigt sich erneut das grundlegende Problem der internationalen Ordnung: Die UN kann Normen formulieren – die tatsächliche Konfliktlösung hängt jedoch wesentlich von den Machtverhältnissen und der Bereitschaft der Konfliktparteien zu Verhandlungen ab. Das ist genau die Spannung zwischen **Recht** und **Macht**, die sich durch die gesamte Generaldebatte zieht.

Ein zusätzlicher Befund vom 28. September: Die Großmächte handeln zunehmend außerhalb der UN. Ein besonders interessantes Parallelereignis ist das Verhältnis USA–China.

Am 28. September berichtete Reuters über Vereinbarungen zwischen Washington und Peking zu begrenzten Zollsenkungen und die Fortsetzung der Gespräche. Gleichzeitig blieben zentrale Streitfragen ungelöst.

Das ist für die Weltordnungsfrage bemerkenswert. Denn hier entscheidet nicht die Generalversammlung über die internationale Wirtschaftsordnung. **Die entscheidenden Verhandlungen finden zwischen den Machtzentren selbst statt.**

Damit bestätigt sich ein strukturelles Problem: Die UN besitzt universelle Legitimität, aber nicht automatisch die entsprechende Macht. Die Großmächte besitzen erhebliche Macht, aber ihre Entscheidungen besitzen nicht automatisch universelle Legitimität. Zwischen diesen beiden Polen bewegt sich die Weltordnungskrise.

Bis zum 26. September konnte man noch sagen: Die Generalversammlung befindet sich mitten in einer offenen Debatte über die künftige Weltordnung.

Nach dem Abschluss am 28. September kann man präziser formulieren: **Die 81. UN-Generalversammlung hat keine neue Weltordnung hervorgebracht. Sie hat jedoch ungewöhnlich deutlich sichtbar gemacht, dass die bisherige Ordnung ihre frühere Selbstverständlichkeit verloren hat.**

Historische Reihe 1888–2026

Jahr	Historische Funktion
1888	Beginn einer neuen europäischen Machtkonstellation; französisch-russische Annäherung
1904	britische strategische Neuorientierung; Entente Cordiale; Committee of Imperial Defence
1914	Zusammenbruch des europäischen Gleichgewichtssystems und Beginn des Weltkriegs
1945	tatsächlicher institutioneller Neubeginn: UNO, Bretton Woods, neue Sicherheitsordnung
1990/91	Ende der Bipolarität; amerikanisch dominierte Übergangsordnung; Bushs „New World Order“
1992	Wolfowitz-DPG: Verhinderung des Aufstiegs eines neuen strategischen Rivalen
2014	TRADOC „Win in a Complex World 2020-2040“; Vorbereitung auf komplexe, globale und multidimensionale Konflikte
2018	Verschärfung der Ausgabe von 2014
2022	offener Krieg und fundamentale Krise der europäischen Sicherheitsordnung

2026 offene Auseinandersetzung über die institutionelle, militärische, wirtschaftliche und technologische Ordnung einer multipolaren Welt

Die entscheidende neue Information des Jahres 2026 ist dabei nicht, dass bereits eine neue Ordnung existiert. **Sie existiert noch nicht.**

Aktualisierte Prüfmatrix					
Kriterium	1914	1945	1990/92	2022	2026
Wechsel des Machtzentrums	teilweise	ja	ja	offen	offen
Neues Bündnissystem	ja	ja	teilweise	Verdichtung	im Entstehen
Neuer völkerrechtlicher Rahmen	nein	ja	nein	nein	offen
Neue Militärdoktrin	ja	ja	ja	Weiterentwicklung	Weiterentwicklung
Neue Wirtschaftsordnung	teilweise	ja	ja	Fragmentierung	Fragmentierung
Neues Weltordnungsmodell	konkurrierend	ja	ja	konkurrierend	konkurrierend
Institutioneller Gründungsakt	nein	ja	nein	nein	nein

Gerade die letzte Zeile ist entscheidend. **2026 ist nicht 1945.** Es gibt bislang keinen vergleichbaren Gründungsakt einer neuen Weltordnung.

Der eigentliche Erkenntnisgewinn der Generalversammlung 2026

2026 ist nicht deshalb ein möglicher historischer Wendepunkt, weil eine neue Weltordnung bereits entstanden wäre. 2026 ist deshalb interessant, weil die bisherige Ordnung ihre frühere Selbstverständlichkeit verloren hat, während eine neue Ordnung noch nicht institutionell festgelegt ist.
Das bedeutet:

- **1990/91** → unipolare Dominanz
- **2014** → strategische Anpassung an eine komplexere Welt
- **2022** → offene militärische Konfrontation
- **2026** → offene ordnungspolitische Konkurrenz

Hier bekommt die Leitfrage „**Vom Krieg zur Weltordnung?**“ ihre eigentliche Bedeutung. Denn die entscheidende historische Frage lautet nicht mehr nur: **Wer gewinnt einen bestimmten Krieg?**, sondern: **Welche Machtverteilung und welche Regeln werden nach dieser Transformationsphase die internationale Ordnung bestimmen?**

Eine entscheidende methodische Konsequenz

2026 markiert eine offene Übergangsphase zwischen einer historisch gewachsenen, nach 1945 institutionalisierten und nach 1990/91 stark US-geprägten Ordnung und einer noch nicht konsolidierten multipolaren Ordnung.

Ob daraus

- eine reformierte multilaterale Ordnung,
- eine multipolare Machtbalance,
- eine neue Blockkonfrontation,
- oder eine längere Phase internationaler Fragmentierung

entsteht, ist am 28. September 2026 **noch nicht entschieden**.

Das ist zugleich der Punkt, an dem die historische Reihe **1888 → 1904 → 1914 → 1945 → 1990/91 → 1992 → 2014 → 2022 → 2026** besonders interessant wird. Denn die entscheidende Frage lautet nun: **Entstehen Weltordnungen durch Kriege – oder entstehen Kriege dort, wo eine bestehende Weltordnung den Wandel der Machtverhältnisse nicht mehr friedlich verarbeiten kann?**

Diese Frage lässt sich anhand der Zeitreihe untersuchen, **ohne das Ergebnis bereits vorauszusetzen**.

Der 28. September verändert das bisherige Bild nicht, sondern bestätigt es.

Die Generaldebatte hat gezeigt: Die bisherigen Beobachtungen lassen sich nun als **Ergebnis der abgeschlossenen Generaldebatte** zusammenfassen. **Multipolarität** ist der gemeinsame Ausgangspunkt der meisten Beiträge – die Welt wird erkennbar von mehreren Machtzentren geprägt. Man muss zwischen der **UN als Forum für Regeln, Recht und politische Debatten** und den **tatsächlichen Machtzentren** unterscheiden, die über wirtschaftliche, politische und militärische Macht verfügen.

Die letzten Reden, insbesondere aus dem **Globalen Süden und aus Nordkorea**, bestätigen dieses Bild. Sie bringen kein grundsätzlich neues Modell der Weltordnung hinzu.

Der 28. September bringt keinen neuen Wendepunkt. Er bestätigte vielmehr: **Die Welt ist auf dem Weg zu einer multipolaren Ordnung, aber die Regeln dieser neuen Ordnung sind noch nicht festgelegt. Die UN diskutiert darüber – entschieden wird jedoch wesentlich auch außerhalb der UN durch die tatsächlichen Machtzentren.**²

Einen Tag später wird die Eskalation im Ostseeraum sichtbar.

Am 29. September 2026 veröffentlichte die russische Botschaft in London eine Erklärung: „**Wer für eine Blockade oder einen Angriff auf Kaliningrad eintrete, solle sich über die Konsequenzen keine Illusionen machen. Jede britische oder NATO-Militäraktion gegen russisches Territorium werde mit allen Russland zur Verfügung stehenden Mitteln, einschließlich Atomwaffen, beantwortet.**“ Die Erklärung ist durch mehrere unabhängige Berichte dokumentiert; auch der russische Außenministeriums-Kanal führt sie weiter.³

Die russische Botschaft reagierte ausdrücklich auf britische Medienberichte und ein fiktionales Planspiel, nicht auf eine nachgewiesene britische Entscheidung zur Blockade.

Die russische Botschaft selbst nennt als Anlass:

- einen Artikel der britischen i Paper über Kaliningrad,
- die Möglichkeit einer NATO-Blockade bzw. einer --Nichtanerkennung der russischen Souveränität,
- die Sky-News-Serie „The Wargame“, in der ein hypothetischer Krieg zwischen Russland und Großbritannien simuliert wird. ⁴

Der britische Artikel, auf den sie sich bezieht, diskutierte Kaliningrad als möglichen Schwachpunkt Russlands. Andere Berichte bestätigen, dass dort Szenarien einer Blockade beziehungsweise einer militärischen Isolation diskutiert wurden. ⁵ Und es gibt bereits seit längerem militärische Überlegungen über die besondere strategische Lage Kaliningrads: Russland – Kaliningrad – Polen – Litauen – Suwałki-Korridor – Baltikum.

Kaliningrad ist militärisch außergewöhnlich gelegen: russisches Territorium, aber vom russischen Kernland getrennt und zwischen NATO-Mitgliedstaaten gelegen.

Damit entsteht im Fall eines größeren Russland-NATO-Krieges automatisch ein strategisches Problem: Wie kann Russland Kaliningrad versorgen und verteidigen, wenn die Landverbindung über NATO-Territorium und die Seewege gefährdet sind?

Genau diese Verwundbarkeit wird derzeit öffentlich diskutiert. Auch dieser Teil ist nicht völlig erfunden. Die britische Diskussion bezeichnet Kaliningrad tatsächlich als strategische Verwundbarkeit Russlands. Ein britischer Sicherheitsexperte wurde mit der Bezeichnung „Achilles' heel“ (Achillesferse) zitiert. ⁶

Aber auch hier muss man sauber unterscheiden: „Kaliningrad ist verwundbar“ ist eine militärische Lageeinschätzung. Denn die Formulierung „mit allen Mitteln, die Russland zur Verfügung stehen, einschließlich Atomwaffen.“ ist eine ungewöhnlich explizite nukleare Abschreckungsbotschaft.

Sie richtet sich nicht nur gegen eine hypothetische Invasion des russischen Kernlandes, sondern ausdrücklich gegen: Blockade oder militärische Aktion gegen Kaliningrad. Das ist strategisch bedeutsam.

Denn Moskau versucht damit offenbar, bereits die Vorstufe eines möglichen Konflikts zu definieren: Eine militärische Isolierung Kaliningrads soll nicht als begrenzte konventionelle Operation betrachtet werden, sondern als Angriff auf russisches Territorium. Das ist eine sehr klare Abschreckungskommunikation.

Die NATO hat inzwischen darauf reagiert und die russische nukleare Rhetorik als unverantwortlich bezeichnet. NATO-Sprecherin Allison Hart erklärte zugleich, die NATO sei ein Verteidigungsbündnis und ihre Aktivitäten bzw. Übungen stellten keine Gefahr für russisches Territorium dar. ⁷ Die britische Regierung verfolgt 2026 tatsächlich eine stärkere „whole of society“- bzw. nationale Resilienzstrategie.

Das britische Parlament beschreibt im September 2026 ausdrücklich eine verstärkte Vorbereitung auf Krisen und Konflikte. Die britische Regierung arbeitet außerdem an einem neuen „Government War Book“ und plant für 2027 eine große nationale Heimatschutzübung. ⁸

Noch interessanter: Am 25. September 2026, also wenige Tage vor der Kaliningrad-Warnung, kündigte die britische Regierung geschlossene Bedrohungsbriefings für Unternehmen kritischer Infrastruktur und Verteidigungsunternehmen an. Dabei geht es ausdrücklich um russische Bedrohungen. ⁹ Das ist eine reale Veränderung der britischen Sicherheitsplanung.

Wenn man die Ereignisse chronologisch nebeneinanderstellt, entsteht ein bemerkenswertes Bild:

<u>Datum</u>	<u>Vorgang</u>	<u>Einordnung</u>
2025/26	britische Diskussion über nationale Resilienz	real
2026	verstärkte britische Verteidigungsplanung	real
Juli 26	Großbritannien kündigt große Heimatschutzübung 2027 an	real
Sept. 26	britische Regierung intensiviert Russland-Bedrohungsbriefings	
	britische Medien diskutieren Verwundbarkeit Kaliningrads	real
28. Sept.	russische Botschaft in Belgien warnt vor NATO-Aktivitäten um Kaliningrad	real
29. Sept.	russische Botschaft London nennt ausdrücklich Atomwaffen	real
30. Sept.	NATO weist russische nukleare Rhetorik zurück	real

Warum wird Kaliningrad gerade jetzt in westlichen Medien, Planspielen und strategischen Diskussionen zunehmend als möglicher militärischer Schwachpunkt Russlands behandelt – und warum reagiert Moskau darauf inzwischen ausdrücklich mit einer nuklearen Abschreckungsdrohung?

Man sollte nicht von einer einzelnen Meldung auf einen fertigen Kriegsplan schließen, sondern die Abfolge von Dokumenten, Übungen, Planspielen, öffentlichen Aussagen und militärischen Fähigkeiten untersuchen. Der belastbare Kern lautet:

Russland hat am 29. September 2026 öffentlich erklärt, dass eine britische oder NATO-Militäraktion gegen Kaliningrad mit allen verfügbaren Mitteln einschließlich Atomwaffen beantwortet werden könnte. Die eigentliche strategische Nachricht ist deshalb weniger „der Atomkrieg steht bevor“ als vielmehr: Kaliningrad wird zunehmend als möglicher neuralgischer Punkt eines Russland-NATO-Konflikts behandelt – und Moskau versucht, diesen Punkt durch eine möglichst explizite nukleare Abschreckung aus der westlichen militärischen Optionsplanung herauszuhalten. Das halte ich für die sachlich belastbarste Lesart des Vorgangs.

Zugleich erhöhte am 29. September 2026 Präsident Putin die Sollstärke der russischen Streitkräfte erneut:

- +15.500 aktive Soldaten
- aktive Militäranghörige: 1.550.500
- gesamte autorisierte Personalstärke einschließlich ziviler Beschäftigter: 2.441.630.¹⁰

Das ist bereits die vierte Erhöhung der festgelegten Sollstärke im Jahr 2026; gegenüber dem Stand von Anfang 2026 beträgt die Erhöhung nach den vorliegenden Berichten rund 49.860 Soldaten.¹¹

Das **Internationale Institut für Strategische Studien** (IISS) kommt 2026 zu dem Schluss, dass Russland – wenn Produktion und Rekrutierung im bisherigen Tempo fortgesetzt werden – bis 2030 in der Lage sein könnte, die Lücken zwischen seiner gegenwärtigen Personal- und Ausrüstungslage und der neu festgelegten größeren Streitkräftestruktur zu schließen.¹²

Das bedeutet: Die russische Führung plant offenbar nicht lediglich für den aktuellen Frontkrieg, sondern für eine dauerhaft größere militärische Struktur.

Das kann wiederum mehrere Gründe haben:

- Abschreckung gegenüber NATO,
- Absicherung der langen Grenze,
- Sicherung Kaliningrads,
- Kontrolle der Arktis,
- Kräfte für den Fernen Osten,
- Ersatz der im Ukrainekrieg verbrauchten Strukturen,
- Vorbereitung auf eine langfristige Konfrontation mit dem Westen.

Welche dieser Motivationen den größten Anteil hat, lässt sich aus der Personalzahl allein nicht bestimmen. Die russische Führung begründet die Aufstockung ausdrücklich mit äußeren Bedrohungen.

Als Russland 2023 die Streitkräfte um 170.000 Soldaten erhöhte, begründete das Verteidigungsministerium dies ausdrücklich mit den zunehmenden Bedrohungen durch den Ukrainekrieg und die fortschreitende NATO-Erweiterung. Gleichzeitig erklärte Moskau damals, die Aufstockung solle über Vertragssoldaten erfolgen und keine neue große Mobilisierungswelle darstellen.¹³

Das ist zunächst eine russische Begründung, keine unabhängig bewiesene Beschreibung der tatsächlichen Motivation. Aber sie ist für die strategische Analyse wichtig: Moskau selbst stellt den Aufbau in einen langfristigen Russland–NATO-Kontext.

Der Vergleich mit dem Westen muss allerdings unbedingt berücksichtigt werden. Eine isolierte Betrachtung „Russland rüstet auf“ wäre unvollständig. Auch Europa rüstet massiv auf.

Nach SIPRI stiegen die europäischen Militärausgaben 2025 real um 14 %. Russland gab 2025 nach SIPRI etwa 190 Mrd. US-Dollar für das Militär aus, entsprechend 7,5 % des BIP.¹⁴

Das IISS kommt für Russland 2025 auf rund 186 Mrd. Dollar beziehungsweise mehr als 7,3 % des BIP.¹⁵

Prozentzahlen sagen wenig, die absoluten Zahlen sind hier entscheidend:

SIPRI kommt für Europa insgesamt auf 864 Mrd. US-Dollar Militärausgaben im Jahr 2025. Das entspricht einem realen Anstieg von 14 % gegenüber 2024. Russland lag bei 190 Mrd. Dollar.

Damit ergibt sich:

2025	Mrd. US-\$	Verhältnis zu Russland
Europa gesamt	864	4,55:1
Europ.NATO-29	599	2,94:1
Russland	190	1,00
Deutschland	108	0,6 ¹⁶

Damit haben wir eine gegenseitige Aufrüstungsspirale:

- Russland: NATO-Erweiterung und westliche Aufrüstung → größere russische Streitkräfte.
- NATO/EU: russischer Krieg gegen die Ukraine und wahrgenommene russische Bedrohung → größere europäische Streitkräfte.

Beide Seiten können ihre Maßnahmen als Reaktion auf die jeweils andere Seite darstellen. Ist die russische Aufstockung also offensiv oder defensiv? Eine seriöse Antwort lautet: Aus der Personalzahl allein lässt sich das nicht entscheiden. Eine größere Armee besitzt selbstverständlich offensive Fähigkeiten. Aber dieselbe Armee kann gleichzeitig der:

- Landesverteidigung,
- Abschreckung,
- Grenzsicherung,
- Rotation,
- Kriegführung in der Ukraine,
- Vorbereitung auf einen möglichen NATO-Konflikt dienen.

Seit 2022 vollzieht Russland nicht lediglich eine personelle Aufstockung seiner Streitkräfte. Es reorganisiert seine militärische Führungsstruktur, wandelt Brigaden in Divisionen um, bildet neue Korps und Armeen, baut militärische Infrastruktur im Nordwesten aus und entwickelt insbesondere im Raum Karelien–Finnland–Ostsee–Kaliningrad eine größere dauerhafte Militärstruktur.

Gleichzeitig sind viele dieser Verbände noch nicht vollständig aufgefüllt und ein erheblicher Teil der russischen Kampfkraft bleibt durch den Ukrainekrieg gebunden. Die Entwicklung belegt daher eine Vorbereitung auf einen langfristigen Großmachtkonflikt, aber nicht für sich genommen einen beschlossenen russischen Angriff auf NATO-Staaten.

Die wahrnehmbare Eskalation im September 2026 verheißt nichts Gutes und sollte den Aufruf „Aufstehen fürs Überleben“ beherzigen.

Aufstehen fürs Überleben“¹⁷ – wenn die alte Ordnung ihre Grenzen zeigt

Bereits Anfang 2023 veröffentlichten Wolfgang Effenberger und Amir Mortasawi ihren Aufruf [„Aufstehen fürs Überleben“](#). Im Mittelpunkt stand die Sorge, dass aus dem Krieg in der Ukraine eine direkte Konfrontation zwischen Russland und den NATO-Staaten entstehen und damit eine nukleare Eskalation in Europa ausgelöst werden könnte. Die Autoren forderten deshalb eine Abkehr von der Vorstellung, der Konflikt müsse militärisch entschieden werden, und plädierten für Verhandlungen und eine politische Lösung.

Heute, dreieinhalb Jahre später, stellt sich diese Frage unter veränderten Vorzeichen erneut. Die russischen Warnungen vom 29. September 2026 im Zusammenhang mit einer möglichen Isolierung Kaliningrads und der Hinweis auf „**alle Russland zur Verfügung stehenden Mittel, einschließlich Atomwaffen**“ markieren eine neue Stufe der sicherheitspolitischen Konfrontation. Hinzu kommt die angekündigte Aufstockung der russischen Streitkräfte.

Damit verbindet sich die aktuelle Entwicklung unmittelbar mit der zentralen Frage dieses Artikels: **Wenn die bisherige Weltordnung ihre Fähigkeit verliert, Konflikte innerhalb eines allgemein akzeptierten Regelrahmens zu begrenzen, was tritt an ihre Stelle?**

Die UN-Generalversammlung 2026 hat gezeigt, dass sich die politischen Gewichte der Welt bereits verschieben. Eine wachsende Zahl von Staaten stellt die bisherige, nach 1945 und insbesondere nach 1990 entstandene

Ordnung infrage und fordert eine stärker multipolare Gestaltung der internationalen Beziehungen. Doch eine neue, allgemein anerkannte Sicherheitsordnung existiert bislang nicht.

Genau in diesem Zwischenraum wächst das Eskalationsrisiko. Die alte Ordnung ist nicht mehr unangefochten – die neue ist noch nicht etabliert. **Die politische Neuordnung der Welt und die militärische Realität laufen damit zeitlich auseinander.** Während Staaten um Einfluss, Sicherheitsinteressen und neue Machtverhältnisse ringen, bleiben die militärischen Instrumente der alten Blockkonfrontation erhalten – einschließlich der nuklearen Abschreckung.

Der Aufruf „**Aufstehen fürs Überleben**“ erhält vor diesem Hintergrund eine neue Aktualität. Nicht weil Effenberger und Mortasawi die konkreten Ereignisse des Jahres 2026 vorhergesagt hätten, sondern weil die von ihnen benannte Grundgefahr fortbesteht: Eine Welt, in der die politische Ordnung schneller zerfällt, als eine neue Sicherheitsarchitektur geschaffen werden kann, ist besonders anfällig für Fehlkalkulationen und Eskalationen.

Die entscheidende Frage lautet deshalb nicht nur, **wer am Ende über die größere militärische Macht verfügt.** Entscheidend ist vielmehr, ob es gelingt, zwischen der untergehenden alten Ordnung und der noch nicht entstandenen neuen Ordnung einen politischen Rahmen zu schaffen, in dem Konflikte wieder begrenzt, Sicherheitsinteressen aller Seiten berücksichtigt und ein direkter Zusammenstoß der Atomkräfte verhindert werden kann.

Anmerkungen

Wolfgang Effenberger, Jahrgang 1946, erhielt als Pionierhauptmann bei der Bundeswehr tiefere Einblicke in das von den USA vorbereitete "atomare Gefechtsfeld" in Europa. Nach zwölfjähriger Dienstzeit studierte er in München Politikwissenschaft sowie Höheres Lehramt (Bauwesen/Mathematik) und unterrichtete bis 2000 an der Fachschule für Bautechnik. Seitdem publiziert er zur jüngeren deutschen Geschichte und zur US-Geopolitik. Zuletzt erschienen vom ihm:

„Schwarzbuch EU & NATO“ (2020)

"Die unterschätzte Macht" (2022)

"Vom Krieg zur Weltordnung" (Juni 2026)

"Der Kalte Geist des Krieges " (Oktober 2026)



¹ https://www.un.org/en/high-level-week-2026?utm_source=chatgpt.com

² https://apnews.com/article/7de6bae4ef0f5571A7dd59037a88a3cbf?utm_source=chatgpt.com

³ https://www.aa.com.tr/en/eurasia/russia-warns-of-nuclear-response-to-any-kaliningrad-blockade/4072541?utm_source=chatgpt.com

⁴ https://t.me/s/MFARussia?before=32451&utm_source=chatgpt.com

⁵ https://britbrief.co.uk/weather/warnings/russia-warns-uk-of-nuclear-response-over-kaliningrad.html?utm_source=chatgpt.com

⁶ https://britbrief.co.uk/weather/warnings/russia-warns-uk-of-nuclear-response-over-kaliningrad.html?utm_source=chatgpt.com

⁷ https://www.theguardian.com/world/2026/sep/30/ukraine-war-briefing-nato-condemns-moscows-irresponsible-nuclear-rhetoric-as-strikes-on-kyiv-intensify?utm_source=chatgpt.com

⁸ https://commonslibrary.parliament.uk/research-briefings/cbp-11082/?utm_source=chatgpt.com

⁹ https://www.gov.uk/government/news/ceos-from-sensitive-sectors-to-receive-briefings-on-russia-threats?utm_source=chatgpt.com

¹⁰ <https://www.internazionale.it/ultime-notizie-reuters/2026/09/30/russia-issues-nuclear-warning-to-nato-as-tensions-rise-in-the-baltic>

¹¹ https://militalnyi.com/en/news/russia-standing-army-strength-fourth-time/?utm_source=chatgpt.com

¹² https://www.iiss.org/publications/the-military-balance/2026/the-military-balance-2026/dr-bastian-giegerichs-launch-event-remarks/?utm_source=chatgpt.com

¹³ https://www.boursorama.com/actualite-economique/actualites/la-russie-augmente-de-170-000-le-nombre-maximum-de-soldats-dans-son-armee-cb51f4f824b39707cbf7f588b21f740c?utm_source=chatgpt.com

¹⁴ https://www.iiss.org/globalassets/media-library---content--migration/images-delta/publications/military-balance/2026/pdfs/mb2026-defence-spending-and-procurement-trends.pdf?utm_source=chatgpt.com

¹⁵ https://www.iiss.org/globalassets/media-library---content--migration/images-delta/publications/military-balance/2026/pdfs/mb2026-defence-spending-and-procurement-trends.pdf?utm_source=chatgpt.com

¹⁶ https://www.reuters.com/business/aerospace-defense/eu-needs-decisive-change-scale-pace-defence-investment-report-says-2026-09-24/?utm_source=chatgpt.com

¹⁷ Quelle: Wolfgang Effenberger / Amir Mortasawi, „Aufstehen fürs Überleben“, verfasst 31.01.2023, veröffentlicht 04.02.2023. https://afsaneyebahar.com/2023/05/31/20695650/?utm_source=chatgpt.com